

Zusammenfassung

Marginalisierung und Partizipation – ein wechselseitiges Verhältnis?

Die Studie beginnt mit der Feststellung, dass sich die partizipative Spaltung trotz einer beträchtlichen Anzahl an Innovationen im Bereich von Partizipationsinstrumenten fortsetzt. Demnach beteiligen sich sozial Benachteiligte in informellen Beteiligungsmöglichkeiten wesentlich seltener an der politischen Willensbildung, als andere gesellschaftliche Gruppen.

Im Anschluss daran nimmt die Studie in **Kapitel 2** eine theoretische Betrachtung der Konzepte Marginalisierung und Partizipation vor. Dort wird verdeutlicht, dass Marginalisierung als ein durch gesellschaftliche Strukturen bedingtes Verhältnis zu verstehen ist und daraus zumeist auch Benachteiligung in Sachen Mitwirkung an der politischen Willensbildung folgt.

Meist bleiben in diesen „neuen“ Beteiligungsmöglichkeiten alte Ungleichheiten im Wesentlichen bestehen. Niedrigschwellige partizipative Verfahren und demokratische Innovationen, so lautet ein in Gesellschaft und Sozialwissenschaft häufig formulierter Vorwurf, gelingt es nur begrenzt, beteiligungsferne Gruppen politisch zu integrieren. Unter anderem dadurch nimmt die Zahl der politisch marginalisierten Gruppen in der Tendenz zu. Nicht nur im Bereich der repräsentativen Demokratie zeigt sich demnach eine sinkende Wahlbeteiligung in ärmeren Stadtteilen. Auch bei direktdemokratischen Verfahren wie zum Beispiel bei Referenden ist die Beteiligung selbst dann niedrig, wenn Themen aufgegriffen werden, die den Abbau sozialer Ungleichheit in den Vordergrund stellen. Auch im Rahmen von deliberativen Beteiligungsinstrumenten nehmen Teilnehmende benachteiligter sozialen Lagen seltener teil. Zudem beteiligen sie sich innerhalb dieser Formate weniger aktiv.

Diese partizipative Spaltung korreliert zudem in anderen Partizipationsfeldern mit einer zum Teil wachsenden sozialen, ökonomischen und kulturellen Marginalisierung. Bei der Definition dieser marginalisierten Gruppen bergen somit vertikale soziale Ungleichheiten wie zum Beispiel Einkommen, Vermögen, Bildung, wie auch horizontale primordiale Ungleichheiten wie zum Beispiel Geschlecht, Alter und Ethnie zentrale Risiken für eine Marginalisierung. Gruppen wie Langzeitarbeitslose, Menschen mit niedrigem Einkommen und Schulden, prekär Beschäftigte, Bildungsabbrecher, verwitwete Frauen, Pflegebedürftige, Unverheiratete und geschiedene Senioren, alleinerziehende Mütter, Obdachlose, Menschen mit geringem Versicherungs- und Vorsorgeschutz, Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien und Migrierte mit unsicheren Aufenthaltsstatus können hierunter subsumiert werden. Die Liste zeigt, dass sich vertikale und horizontale Ungleichheiten häufig überlagern und verstärken.

Forschungsfrage & Vorgehen

Marginalisierung und politische Nicht-Beteiligung korrelieren auch in informellen Partizipationsformaten stark miteinander. Jedoch ergeben sich insbesondere Forschungsbedarfe bei den Fragestellungen:

- Wann und wie gelingt die Einbindung marginalisierter Gruppen?
- Was sind individuelle und organisatorische Inkubatoren und was sind Hemmnisse?

Die in **Kapitel 3** vorgestellte Herangehensweise an die empirische Untersuchung fokussiert sich auf informelle Nachbarschafts-Organisationen des Invented und Invited Space in den Stadttei-

len, konkret: Quartiersgremien und lokale soziale Bewegungsgruppen. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass sie in der Regel finanziell und organisatorisch unabhängig durch Bürger und Zivilgesellschaft „von Unten“ initiiert werden und daher oft durch eine divergierende Ressourcenausstattung charakterisiert sind. In Bezug auf die Strategie gegenüber kommunalen Verwaltungen sind sie zum Teil konfrontativ, zum Teil aber auch als kooperierend einzustufen. Als Organisationen sind sie nicht nur auf kurzfristigen Protest, sondern eher auf langfristige kontinuierliche Beteiligung ausgelegt. Gemein ist ihnen ein relativ hoher Grad an Unabhängigkeit von Kommunalverwaltungen und politischen Parteien sowohl in ihren Agenda-Setting-Kompetenzen, als auch in der Entscheidungsfindung.

Ziel des Forschungsprojekts war die Identifikation von Erfolgsgeschichten politischer Partizipation innerhalb dieser Formate. Dabei wurden im Ruhrgebiet (als Metropolregion mit insgesamt stark ausgeprägten Marginalisierungsquoten) sowie in Hamburg (als Stadt mit großen Disparitäten zwischen wohlhabenden und benachteiligten Stadtteilen) Beteiligungsformate in benachteiligten Stadtteilen identifiziert.

In einem zweiten Schritt wurde dort mit Verantwortlichen und Aktiven Kontakt aufgenommen. Dabei wurde deutlich, dass sich die Identifizierung „aktiver Marginalisierter“ in Stadtteilorganisationen als problematisch erwies. Dies hängt in erster Linie damit zusammen, dass Marginalisierte nur selten politisch aktiv sind. Erschwerend kommt hinzu, dass trotz deutlicher „phänotypischer“ Charakteristika multipler Marginalisierung in Form von Einkommen, Alter, Behinderung und Migration diese Charakteristika auf der individuellen Ebene von den Betroffenen nicht selbst wahrgenommen werden. So nahmen sich einige Interviewte, die etwa durch geringe Einkommen oder durch körperliche Einschränkungen, von Ausgrenzungsmechanismen betroffen sind, selbst nicht als benachteiligt wahr.

Ergebnisse: unterschiedliche Cluster der Motivation

Insbesondere die durch Interviews mit marginalisierten Aktiven, sowie die durch teilnehmende Beobachtungen gewonnene Ergebnisse verweisen auf unterschiedlich ausgeprägte Achsen der Beteiligung. In **Kapitel 4** werden verschiedene Cluster der individuellen Motivation zum Engagement verdeutlicht. Bei Vielen zeigte sich ein Bedürfnis nach sozialen Kontakten, Anerkennung und Bestätigung. Bei einigen Aktiven war die eigene Betroffenheit durch marginalisierten Lebenslagen oder auch „Schocks“, ausgelöst durch plötzlich eingetretene negative Lebensereignisse, ein zentrales Motiv. Elementar war meist aber eher eine auf den Nahraum zielende Gemein- und eine Gruppenwohlorientierung.

Politisch zeigt sich eine starke Tendenz in Richtung Zynismus. Viele marginalisierte haben lange zurückreichende Erfahrungen mit Engagement. Durch dieses Engagement wurden Lerneffekte erzielt, Fachwissen aufgebaut und vielfach auch die Persönlichkeit weiterentwickelt. Oft ist jedoch eine als gering empfundene Einschätzung der eigenen politischen Wirksamkeit ein Faktor, weshalb viele der Befragten ein eher zynisches Politikverständnis ausprägten. Dabei wird bei diesen Aktiven ein Unterschied zwischen Personen mit hohen formalen Bildungsabschlüssen

und anderen Engagierten offensichtlich. Erstere sehen in ihren Aktivitäten meist eher politisches Handeln, während letztere zunächst primär Menschen in ihrem Umfeld unmittelbar und konkret helfen möchten.

Deutlich werden darüber hinaus spezifische Rollenmuster. Marginalisierte waren seltener die Sprecher der Organisation, sondern eher die an handfester Beteiligung interessierten „Everyday maker“. Demgemäß zeigt die Studie, dass politische Partizipationsmöglichkeiten, wie auch bürgerschaftliches Engagement Chancen für marginalisierten Gruppen bieten, sich stärker zu vernetzen und durch Mitarbeit Kompetenzen zu entwickeln. In diesem Rahmen werden nicht nur neue Kontakte geknüpft. Partizipation und Engagement fungieren auch als Lernorte der Demokratie. Dort übernehmen Menschen nicht nur Verantwortung, ebenso werden mitunter erfolgreich Eigen- und Gruppeninteressen artikuliert.

Ökonomische Ungleichheiten sind in der Gesellschaft eklatant und setzen in informellen Instrumenten der Partizipation ihre Wirkmächtigkeit fort. Neben individuellen Faktoren stehen institutionelle Strukturen einer breiten politischen Beteiligung marginalisierter Gruppen eher im Wege. Die besonderen Inputs die diese Menschen leisten, werden oft nicht wahrgenommen. So fehlen weiterhin angepasste Partizipationsmöglichkeiten, die Interessen, Kompetenzen und Fähigkeiten des „marginalisierten Prekariats“ berücksichtigen. Diskriminierung und fehlende politische Anerkennung führt zu einem Verdrängungsprozess und hierüber zu einer politischen Entmutigung marginalisierter Gruppen. Niedrigschwellige Zugänge, stigmatisierungs- und diskriminierungsfreie Kontexte sind auf Seiten von Organisationen und Strukturen relevant und förderlich für eine breite Beteiligung.

Handlungsempfehlungen – Fazit

Auf Grundlage dieser Ergebnisse verweist die Studie in **Kapitel 5** auf verschiedene Ansätze zur Förderung politischer Partizipation Marginalisierter. So kann etwa die Bereitstellung von Personalmitteln sowie die Gewährleistung offener, barriere- und vor allem kostenfreier Räume unterstützend wirken. Es empfiehlt sich überdies, auf individuelle Bedarfe etwa durch Kinderbetreuung oder Nutzung von Online-Tools einzugehen. Durch eine faire Kommunikationsatmosphäre sowie Überbrückung unterschiedlicher Sprachfertigkeiten, etwa durch Kulturdolmetscher, können auch sonst schwer mobilisierbare Zielgruppen beteiligt werden. Schließlich trägt eine verbindliche Einbindung der jeweiligen Instrumente in übergeordnete Entscheidungsprozesse zu deren Glaubwürdigkeit bei.

Letztendlich ist es aber die soziale Ungleichheit selbst, der durch eine Politik des sozialen Ausgleichs entgegengetreten werden muss. Hier sind Maßnahmen zur aktiven Gleichstellung besonders von Frauen, Migranten und Menschen mit Behinderung zu unterstützen. Dadurch werden sie besonders darin bestärkt, sich aktiv und selbstbewusst in politische Entscheidungsprozesse einzubringen.